

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher
Donnerstagspreis: durch die Post bezogen
1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. —
Alle Bezahlungen für Berlin alle Zeitungs-
Spezialreue, nehmen Bestellungen an —
Interessepro-Brief: Geschäftsang. 25 Pf.,
Sammlungsang. 15 Pf. Vereinsangelegen-
10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Redaktions-
u. Exped.: N.O., Zeitungsdruck. 221/22.
Verlagsred.: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine

(Sitz in Berlin.)

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.
unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche
franco an den Verbandsleiter Rudolf
Kreuz, N.O., Zeitungsdruck. 221/22, ein-
zuliefern sind. Für Mitglieder 75 Pf. pro
Exemplar. Bei obigen Abonnement
leiten der Gewerksvereine 25 Pf. pro Exemplar
fernzusprechen: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 12.

Berlin, 23. März 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Leipziger Konferenz. — Konferenz der Gewerkschaftsvorstände. —
Der Stand der Tuberkulosebekämpfung in Deutschland. — Bosenkhan. —
Gewährt die Stenographie dem Arbeiter einen Nutzen? — Tätigkeitsberichte.
— Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Die Leipziger Konferenz.

Am 25. Februar 1906 fand in Leipzig eine Konferenz der Ausbreitungsverbände statt. Die Anregung hierzu ging aus vom Ausbreitungsverband für das Königreich Sachsen, welcher sich beschwert fühlte, daß der Zentralrat einen vom Verbandstage in Hannover gefaßten Beschluß zur Durchführung zu bringen beabsichtigt ist. Jener Beschluß sieht bekanntlich 5 Ausbreitungsverbände vor. Auf Mitteldeutschland entfällt hiervon ein Ausbreitungsverband. Gegenwärtig bestehen deren aber 3 und daneben noch ein Agitationsverband. Die Verbandsgenossen im Königreich Sachsen behaupten nun, daß die Eigenart ihres Gebietes einen besonderen Ausbreitungsverband notwendig mache. Dem Zentralrat sind aber für die in 5 bestimmten Gebieten bestehenden oder zu begründenden Ausbreitungsverbände nur 5000 Mark pro Jahr zur Verfügung gestellt worden. Jeder dieser Ausbreitungsverbände soll, wenn er mindestens 4000 Mitglieder zählt und jedes Mitglied selbst einen bestimmten Beitrag zu den Kosten des Ausbreitungsverbandes leistet, 1000 Mark pro Jahr aus der Verbandskasse erhalten. Wenn nun in einem Gebiete, welches von nur einem Ausbreitungsverband umfaßt werden soll, deren drei bestehen, so ist der Zentralrat natürlich nicht in der Lage, jedem dieser drei Ausbreitungsverbände auch bei Erfüllung der übrigen Bedingungen 1000 Mark zu gewähren. Jeder dieser Ausbreitungsverbände glaubt aber, daß gerade seine Existenz notwendig ist und daß die vom Verbandstage bewilligte Summe ihm gemährt werden müsse. Das würde natürlich nur möglich sein, wenn der Verbandstag entsprechende Mittel dem Zentralrat zur Verfügung gestellt hätte. Wollte man die 1000 Mark auf die drei Ausbreitungsverbände und den einen Agitationsverband Mitteldeutschlands verteilen, dann würde doch keiner soviel bekommen, um etwas Rechtes damit anfangen zu können, abgesehen davon, daß eine solche Verteilung den Beschlüssen des Verbandstages nicht entsprechen würde und daher unstatthaft wäre.

Ein Teil unserer Ausbreitungsverbände erfüllt seine ihm gestellten Aufgaben nicht. Der Ausbreitungsverband soll die Gewerksvereinsideen, wie sie historisch feststehen und durch Beschlüsse der entscheidenden Stellen bis in die jüngste Zeit immer wieder von neuem befestigt wurden, vertreten helfen und vor allem neue Gebiete für die Gewerksvereine zu erobern suchen. Die Ausbreitungsverbände sollen innerhalb ihres Gebietes die Gewerksvereine zur weiteren Ausbreitung bringen. Statt dessen wird in einigen dieser Verbände der Versuch gemacht, die Gewerksvereine vor den Wägen einer bestimmten politischen Partei zu spannen. Das muß naturgemäß die Entwicklung der Gewerksvereine aufhalten, weil es praktisch unmöglich ist, eine bestimmte Partei-richtung innerhalb unserer Gewerksvereine zu fördern.

In den Gebieten, wo Verjuche nach der politischen Seite gemacht werden, geht unsere Gewerksvereinsache nicht vorwärts, sondern rückwärts. Es ist klar: Wenn die Gewerksvereine ihre Bedeutung aufrecht erhalten wollen, wenn sie auch für die Zukunft den Boden zu bilden geben, auf welchem alle deutschen Arbeiter vereinigt werden können, dann müssen sie nach wie vor

partei- und kirchenpolitisch neutral bleiben. Jeder einzelne Gewerksvereiner mag politisch tun, was er will; die Organisation selbst und ihre Presse aber darf sich nicht in den Dienst einer bestimmten Partei stellen lassen.

In Leipzig ist nun beschlossen worden, ganz Deutschland in 10 Ausbreitungsverbandsbezirke einzuteilen, und in jedem dieser Bezirke soll eine eigene Verwaltung eingerichtet werden. Die Abgrenzung der Bezirke soll unter tunlichster Berücksichtigung der Landesgrenzen erfolgen. Ob es praktisch möglich ist, ein Schema aufzustellen, welches diesen Plan verwirklicht und gleichzeitig alle wesentlichen Wünsche und Hoffnungen erfüllt, ist mindestens zweifelhaft. Bedenklicher ist indes schon die Nummer 2 der Beschlüsse, welche den Beitritt zum Ausbreitungsverband für alle im Bezirke desselben liegenden Ortsvereine obligatorisch machen will. Die Beiträge in Höhe von 40 Pfg. pro Jahr sollen aus den Lokalkassen gezahlt werden. Dies verlangen hat zur Voraussetzung, daß jeder Ortsverein eine Lokalkasse besitzt. Es wäre dies wohl wünschenswert, praktisch aber ist es undurchführbar, weil dies sehr leicht zur Errichtung solcher Lokalkassen zu zwingen, weil dies sehr leicht zur Sprengung vieler Ortsvereine führen könnte.

Für die Ortsverbände hat der Verbandstag in Mannheim den Beitrittszwang aufgehoben. Die Zahl der Ortsverbände und der angeschlossenen Ortsvereine ist durch die Aufhebung dieses Zwanges erfreulicherweise nicht vermindert worden. Ob die Ortsvereine gewillt sind, sich dem Zwange zu unterwerfen, einem Ausbreitungsverbande beizutreten, ist wieder eine Frage, die noch nicht beantwortet werden kann.

Jeder Ausbreitungsverband soll, so beschloß man ferner in Leipzig, ein eigenes Bureau mit angestellten Beamten unterhalten. Wo die eigenen Einnahmen dazu nicht ausreichen, soll der Zentralrat verpflichtet werden, vorübergehend Zuschüsse zu leisten. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß es der Organisation nützlich sein würde, wenn wir an möglichst vielen Stellen im Deutschen Reich eigene Bureaus mit tüchtigen und arbeitsfrohen Beamten etablieren könnten. Wenn die Mitglieder opferfreudig genug sind, die Kosten dafür aufzubringen, so wäre dies gewiß sehr zu loben. Wenn aber in dem Nachsatz erklärt wird, daß der Zentralrat die Verpflichtung habe, Zuschüsse zu leisten, wo die eigenen Einnahmen nicht ausreichen, dann wird man sich in sehr vielen Fällen doch in der Hauptsache auf das Geld aus der Verbandskasse, das der Zentralrat bewilligen soll, stützen wollen.

Auf das Verhältnis der Ausbreitungsverbände zum Zentralrat sollen die Bestimmungen des Verbandsstatuts, betreffend die Ortsverbände, sinngemäße Anwendung finden. Das klingt sehr einfach. Bisher aber haben die Verbandstage einer solchen Einordnung der Ausbreitungsverbände in den Verband der Deutschen Gewerksvereine lebhaften Widerstand entgegengesetzt.

Es läßt sich doch auch nicht leugnen, daß die innere Organisation der Gewerksvereine noch komplizierter wird, wenn in Verbände der Gewerksvereine neben den Ortsvereinen und den Ortsverbänden auch noch obligatorische Ausbreitungsverbände bestehen. Jeder die sozialdemokratischen noch die christlichen Gewerkschaften haben Ausbreitungsverbände. Alle auf das Reich verteilten Agitationsbeamten sind angestellt von den einzelnen Gewerkschaften. Die Generalkommission z. B. hat

Preußen überhaupt 707 950 Personen. Darunter an Tuberkulose 70 049 oder rund 10 Prozent. Auf 10 000 Lebende entfallen 19,64 Todesfälle an dieser Krankheit. Im Deutschen Reich leiden bis zum Alter von 35 Jahren mehr als die Hälfte aller industriellen Invalidenempfänger an Lungenschwindsucht. In den jüngeren Altersklassen sogar nahezu $\frac{2}{3}$. Welch eine Fülle herben Kummers und graufigen Elends enthalten diese nackten Zahlen! Wenn die Welt jetzt aufgehört hat, die Schwindsucht wie ein unabänderliches Verhängnis hinzunehmen und in einen leidenschaftlichen Kampf gegen diesen mächtigen Feind des Menschengeschlechts eingetreten ist, so liegt dies an den Fortschritten, welche die wissenschaftliche Erkenntnis erarbeitet und eingetraten hat. Wir wissen jetzt erstens, daß die Schwindsucht heilbar ist, zweitens, daß sie eine ansteckende Krankheit darstellt.

Der Bahnbrecher für die Auffassung der Heilbarkeit der Schwindsucht war der praktische Arzt Hermann Brehmer. Im Jahre 1854 begründete er in Görbersdorf i. Schl. eine kleine Heilanstalt für Lungenschwindsüchtige. Er wollte auf die Kranken einwirken, um sie gleichsam zu anderen Menschen, d. h. zu Menschen mit besseren Organen machen. Er legte auf die Wahl des Ortes entscheidenden Wert. Eine derartige Anstalt müsse in verhältnismäßig gesunder Gebirgsgegend liegen. Durch ergiebige, fettreiche Ernährung trat er dem Gewichtsverlust entgegen. Spaziergänge, die täglich in Bezug auf ihre Dauer und in Bezug auf die Steilheit des Aufstiegs um ein Geringes vermehrt wurden und niemals zur Ermüdung führen durften, sollten die Muskelkraft besonders des Herzens vermehren. Durch Wasserbehandlung suchte er die Hauttätigkeit anzuregen und die Kranken abzuhäuten.

Anfänglich wurde Bremer von der Mehrzahl der Ärzte nicht ernst genommen und nur von der gläubigen Gemeinde der Heilenden unterstützt. Aus seiner kleinen mit den bescheidensten Mitteln begründeten Anstalt in Görbersdorf wurde im Laufe der Jahre ein großes Sanatorium, welches die Augen der Welt auf sich zog.

Ein Schüler Bremers, Peter Dettweiler, welcher selbst zu den von seinem Meister Heilenden gehört, übernahm 1876 die Heilanstalt Falkenstein im Taunus in der Nähe von Frankfurt a. M. Unter Beibehaltung der allgemeinen Grundzüge der Methode Bremers veränderte er sie in wichtigen Punkten. Einmal legte er auf die besonders gesunde Lage der Anstalt weniger Gewicht und verlangte nur reine Luft. Auch führte er namentlich für den Beginn der Kur an Stelle der Spaziergänge die Veiegekur im Freien ein und ließ die Kranken auch nachts bei geöffneten Fenstern schlafen.

Während die Heilstätten in Görbersdorf und Falkenstein durch ihre Erfolge immer mehr an Ansehen gewannen, stellte sich das Bedürfnis heraus, auch für die unbemittelten Kreise der Bevölkerung zu sorgen. Denn diese Anstalten waren mehr oder minder nur den Reicheren zugänglich. Die erste Volkshelilstätte für Lungentrante in Deutschland wurde von Dettweiler in Ruppertsbain in der Nähe von Falkenstein eingerichtet. Der Leiter von Falkenstein, der Verein für Gesundenpflege zu Frankfurt a. M., eine Aktiengesellschaft, begründete die Volkshelilstätte Ruppertsbain aus seinen Ueberflüssen. Sie wurde 1895 eingeweiht.

Inzwischen war nun namentlich durch Ernst von Leyden eine Bewegung entstanden, welche in ähnlichem Sinne, in welchem Ruppertsbain begründet wurde, mit Hilfe wohlthätiger Vereine die Errichtung von Volksanatorien erstrebte. Die Vereine, welche es sich zur Aufgabe gesetzt haben, die Willen dieser Bewegung fortzuführen, scheiden sich in zwei Gruppen. 1. Tuberkulosevereine oder Heilstättenvereine, 2. Hilfvereine. Es ist heute kein Bezirk, kein Ort in Stadt und Land in Deutschland vorhanden, an dem die Vereinsarbeit auf diesem Gebiete nicht innig Hand in Hand geht mit hehrlicher Tätigkeit. Eine besondere Stellung nimmt in Deutschland in der Tuberkulosebekämpfung das Rote Kreuz ein. Der starken wohl über das ganze Reich verbreiteten Organisation mußte es als eine lohnende Aufgabe erscheinen, sich planmäßig an der Abwehr des mächtigen Feindes der Volksgesundheit zu beteiligen. Die in Folge vieler Kongreßbeschlüsse 1902 veranstaltete Berliner Tuberkulosekonferenz rief das internationale Zentralbureau zur Bekämpfung der Tuberkulose mit dem Sitz in Berlin ins Leben.

Es wäre unmöglich gewesen, die Heilstättenbewegung zu der Bedeutung zu erheben, welche sie in Wirklichkeit erlangt hat, wenn nicht die staatlichen Versicherungsanstalten für dieselben eingetreten wären und insbesondere auch die vorzubehaltende Behandlung der Invalidenversicherung das Heilstättenwesen über alle Erwartungen hinaus zu seiner jetzigen Ausdehnung gefördert hätte. Es gehören also die Heilstätten mit zu dem wichtigsten Segen, welchen die soziale Gesetzgebung in Deutschland verbreitet hat.

Zur Zeit können alljährlich mehr als 20 000 unbemittelte Heilbedürftige in den Heilstätten eine durchschnittlich auf 3 Monate berechnete Kur durchmachen, ungerechnet der wohlhabenden Kranken, welche in Sanatorien untergebracht werden. In Bezug auf Klima und Bauplatz kann man nicht sagen, daß irgend eine Gegend in Deutschland vor der anderen grundsätzlich Vozug verdiene, daß etwa das Gebirge wesentlich günstiger sei als die Ebene. Heilstätten sollen lediglich eine gesunde Lage gegen rauhe Winde, namentlich gegen Nord und Ost haben und dabei einer möglichst langen, ausgiebigen Besonnung ausgesetzt sein.

Besondere Beachtung ist den Einrichtungen zu schenken, welche

dazu dienen, den mit Tuberkelbazillen behafteten Auswurf der Kranken unschädlich zu machen. Es erfolgt dieses hauptsächlich auf zweierlei Art: Entweder durch Erhitzen des Auswurfs über Kochtemperatur und darauffolgende Beseitigung durch die Amaliation, oder durch Verbrennen, also Vernichtung des Auswurfs. Es wird hierbei der in den Spudflaschen und Spudgläsern enthaltene, mit Desinfektionsflüssigkeit verdünnte Auswurf in Behälter gegossen, in denen sich Sägespäne oder Torfmüll befindet.

Inbetreff der Behandlung der Lungenschwindsucht in Heilstätten unterscheidet man die nicht ansteckenden Fälle und die ansteckenden Fälle. Die Heilstätten verlegen sich namentlich darauf, die nicht ansteckenden Fälle, d. h. die Schwindsucht im ersten Stadium, zu behandeln und zu heilen. Als geeignet zur Anstaltsbehandlung sind zu betrachten diejenigen Fälle, wo eine Erkrankung der einen Lungenspitze vorliegt oder eine Erkrankung der einen Spitze und verändertes Atemgeräusch auf der anderen oder verändertes Atemgeräusch auf beiden Spitzen oder auch Anfüllungen des einen Oberlappens bis zur Hälfte mit Krankheitssekret.

Auszuschließen von der Anstaltsbehandlung, weil gänzlich aussichtslos, sind diejenigen Fälle, wo bestimmte Anzeichen den Verdacht auf „blühende Schwindsucht“ erwecken, wo schon dauernd Fieber besteht, wo wiederholt größere Blutungen stattfinden, wo bereits eitrige Einschmelzungen der erkrankten Lungensubstanz vorhanden sind; ferner die Fälle, wo außer der Lunge noch andere Organe in schwerer Form tuberkulös erkrankt sind, wie bei Haut-, Knochen- und Gelenktuberkulose. Eine leichtere tuberkulöse Kehlkopfkrankung ist nicht zu ungünstig zu beurteilen.

Im ersten Anfangsstadium der Schwindsucht ist öfters gar kein Auswurf vorhanden. Höchstens wird morgens ein zäher Schleim ausgeworfen, der aber meistens den oberen Luftwegen entstammt. Hierin sucht man vergebens nach Tuberkelbazillen. Um Lungenauswurf zu begünstigen, reicht man innerlich Jodsalium oder verdünnt nasse Podungen. Zur Erkennung der Lungenschwindsucht ist die „Tuberkulinempfindung“ das sicherste Mittel.

Ein voller Heilerfolg läßt sich nur in geschlossenen Heilanstalten erzielen. Eine hervorragende Rolle spielt die Veiegekur in freier Luft. Sie kann zu jeder Tages- und Jahreszeit stattfinden. Die Kranken dürfen während der Veiegekur niemals hieren oder frösteln. Sie bekommen zu diesem Zwecke zwei Kamelhaardecken, im Winter dazu noch einen Fußsack. Während der Veiegekur wird eine anstrengende Tätigkeit wie Schreiben und Brettspielen den Kranken untersagt. Jedoch darf man ihnen das Lesen gestatten. Das Sprechen während der Veiegekur ist verboten, weil die nervös erregbaren Kranken eine Qual erleiden, wenn in ihrer Nähe längere Zeit im Flüster-tone gesprochen wird. Die Veiegekur dauert 5—6 Stunden täglich.

Es sind nunmehr 8 Jahre her, daß das Volkshelilstättenwesen in nennenswertem Umfange angewendet wird. Man kann deshalb jetzt an der Hand der Statistik die Frage nach dem Erfolge der Heilstättenbehandlung zu beantworten versuchen. Von je 100 Behandelten wurden in den Jahren 1899/1900 entlassen als geheilt oder gebessert 87,7 Prozent, als ungeheilt 8,8 Prozent, als verschlechtert entlassen 3,1 Prozent, mit dem Tode abgegangen 0,5 Prozent. Erwägt man die beträchtliche Wirkung, welche von der Heilstättenbewegung aus auf die verschiedensten Zweige der öffentlichen Gesundheitspflege ausgegangen ist, so wird darüber kein Zweifel sein, daß die angewandten Beiträge für den zu erreichenden Zweck nicht zu hohe sind. Ihre Veranschlagung wird durch die Erfolge der Heilstätten schon jetzt vollumfänglich gerechtfertigt.

Die Landes-Versicherungsanstalten allein haben in den 8 Jahren 33 Millionen Mark für den Bau von Heilstätten und 35 Mill. Mk. für den Betrieb derselben ausgegeben. Außerdem wurden von ihnen 178 Millionen Mk. an Gemeinden, Vereine usw. zu niedrigem Zinsfuße für Wohlfahrtsbestrebungen ausgegeben, welche im Sinne der Heilstätten wirken. Zu diesen großen Summen müssen die ebenfalls sehr erheblichen Kosten hinzugerechnet werden, welche anderweitig von Vereinen, Korporationen usw. für den gleichen Zweck bestritten worden sind. Somit stellen die Heilstätten einen beträchtlichen Bruchteil des Nationalvermögens dar.

In den letzten 8 Jahren sind 101 806 Personen wegen Lungenschwindsucht in Heilbehandlung genommen worden, darunter 83 213 in Heilstätten. Alle diese Kranken sind auch nach ihrer Entlassung unter dauernder Beobachtung gestellt worden, wie dies nur bei einer Bevölkerungsklasse möglich ist, welche durch Kassenvverbände begrenzt und zusammengehalten wird. Der in den Heilstätten anfänglich erzielte Erfolg läßt nach der Entlassung erheblich nach. Aber 5 Jahre nach dem Verlassen der Heilstätte sind ungefähr 30 Prozent der Behandelten soweit gebessert, daß bei ihnen Invalidität in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Sie sind also sozial geheilt. Es sind demnach in den letzten 8 Jahren ungefähr 25 000 schwindsüchtige Kassentrante durch Heilstättenbehandlung und das Eintreten der Invalidenversicherung geheilt worden. Diese befriedigenden Erfolge erreichte man mit nur 3 monatlicher Behandlung.

Die Tatsache, daß der Erfolg der Behandlung umso günstiger ist, je früher die Behandlung beginnt, hat dazu geführt, unentgeltliche Lungenauswurfuntersuchungen bei allen Universitäten anzuregen.

Als Hauptursache der Tuberkulose sind anzusehen die Carreembung des Menschen von der frischen Luft und schlechte Ernährung.

mit Dingen, wie sie in Leipzig verhandelt wurden, absolut nichts zu tun.

Unsere Verbandsorganisation leidet aber daran, daß sie schon jetzt zu schwerfällig geworden ist, so daß man sich hüten sollte, sie noch immer schwerfälliger und komplizierter zu gestalten. Eine unheilvolle Verwirrung aber muß in die ganze Gewerkschaftsbewegung kommen, wenn jeder Ausbreitungsverband auch noch entscheiden will über die von den Gewerksvereinen einzuschlagende Richtung. Ein Ausbreitungsverband, der etwas anderes sein will als ein Agitationsverband, kann unserer gemeinsamen Sache, die uns doch allen heilig sein sollte, nicht mehr nutzen, sondern nur noch schaden. Die Verbandskosten sind den einzelnen Gewerksvereinen schon heute reichlich hoch. Die Erhöhung des Beitrags von 6 auf 8 Pfg. pro Kopf und Quartal hat manchem Gewerksverein und auch der Verbandsebene Schwierigkeiten bereitet. Der nächste Verbandstag wird daher gezwungen sein, die Beiträge der Gewerksvereine zum Verband wieder zu ermäßigen. Der Verband wird dann nicht mehr in der Lage sein, den Ausbreitungsverbänden mit größeren Mitteln beizuspringen. Die Ausbreitungsverbände werden dann wieder ganz auf sich selbst angewiesen sein. Diejenigen Gewerksvereine aber, die in den Ausbreitungsverbänden eine wirksame Hilfe erkennen, werden ihnen gern Geldmittel zur Verfügung stellen. Dies zu tun, können sie aber nicht durch den Verbandstag gezwungen werden.

Wir sind überzeugt, daß die in Leipzig versammelt gewesenen Vertreter von Ausbreitungsverbänden die beste Absicht gehabt haben, unsere Sache vorwärts zu bringen. Wir fürchten indes, daß die von ihnen vorgeschlagenen Wege nicht zu diesem Ziele führen werden.

Konferenz der Gewerkschaftsvorstände.

Vom 19.—23. Februar fand in Berlin eine Konferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände statt, an welcher auch die Redaktoren der Gewerkschaftsblätter und die Gewerkschaftssekretäre der Außenbezirke teilnahmen. Verhandelt wurde zuerst über Grenzstreitigkeiten. Die Auseinandersetzungen brachten scharfe Gegensätze zwischen den Vertretern der Industrie- und der Branchenorganisation. Besonders scharf waren die Gegensätze zwischen den Anhängern der Berufs- und denen der Betriebsorganisationen, in deren Mittelpunkt der Streit der Brauer und Pönbels- und Transportarbeiter über die Organisationszugehörigkeit der in Brauereien beschäftigten Bierkellerer stand. Auch die Organisation der ungelerten Hilfsarbeiter stützte zu weitgehenden Differenzen, insbesondere mit den Verbänden der Fabrikarbeiter bzw. Bauarbeiter. Die Debatte endete mit der Annahme folgender Resolution:

Die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände anerkennen beibehaltung der Differenzen über das gegenwärtige Agitationsgebiet die folgenden Grundsätze: Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unverkennbar in der Richtung des Zusammenflusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden. Äußere Eingriffe in diese selbsttätig lebende Entwicklung würden diese nicht fördern, sondern nur erschweren und üben und erweist sich deshalb eine endgültige Grenzregulierung durch Konferenz- oder Kongreßbeschlüsse als unzulässig. Um ein gezieltes Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organisationsstandes empfohlen, Streitige Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den in Betracht kommenden Verbänden abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Uebertritts von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln. Die lokale Anerkennung des Organisationsstandes erheischt die Unterlassung jeder unlauteren Agitation, besonders mit Hinweis auf niedrigere Beiträge, die Zurückweisung Aufnahmesuchender, die aus anderen angeschlossenen Verbänden ohne genügende Abmeldung und Regelung ihrer Verbindlichkeiten austraten oder ausgeschlossen wurden, sowie die Unterlassung jedes Druckes auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder. Die letzteren dürfen Mitglieder ihrer Organisation bleiben, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jetzigen Berufes zu fügen. Organisierte Arbeiter, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als sechs Wochen zu einem und demselben Beruf übertreten, müssen sich immer der Organisation des Berufes anschließen, in dem sie arbeiten. Organisierte Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, haben sich beiden in Betracht kommenden Berufsorganisationen anzuschließen. Die dauernd in Betrieben fremder Berufe beschäftigten Arbeiter sind der Organisation ihres Berufes anzuschließen, Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorzüglicher bestimmter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentral- bzw. Gauintanz. — Letzteres gilt auch für die Aufnahmen vereinzelt beschäftigter beruflicher Arbeiter in Gemeinde-, Staats- und Genossenschaftsbetrieben, sowie für Arbeiter, für die am Orte eine Organisation ihres Berufes nicht besteht. Sofern besondere Kartellverträge über die gemeinsame Behandlung von Lohnbewegungen, Streiks- und Aussperrungen nicht bestehen, haben bei Bewegungen, die mehrere Berufsorganisationen umfassen oder Beteiligungen für solche erwarten lassen, die betroffenen Verbände sich vorher über die Unterstützung der Nichtorganisierten zu einigen. Bei gemeinsamen Streiks, wie auch bei der Stellung einzelner Mitglieder anderer Gewerkschaften an Ausständen, unterstützt jede Organisation nur die eigenen Mitglieder. Von etwa abgeschlossenen Kartellverträgen ist der Generalkommission durch Uebermittlung einer Abschrift Kenntnis zu geben.

Eine weitere Resolution nimmt Stellung zur Schaffung einheitlicher Uebertrittsbedingungen. Den Verbänden wird empfohlen, eine Bestimmung in das Statut aufzunehmen, die den Uebertritt der Mitglieder in einen anderen, der Generalkommission angeschlossenen Verband nach folgenden Grundsätzen regelt: 1. Die Mitglieder, welche zu einem anderen Berufe übergehen und sich in der Organisation, der sie bisher angehört, regelrecht abmelden und die Beiträge voll entrichtet haben, sind vom Beitragsgelde in der anderen Organisation befreit. 2. Die Dauer der Mitgliedschaft, die das Mitglied in seiner bisherigen Organisation erreicht hatte, ist in der Weise anzurechnen, daß die geleisteten regelmäßigen Verbandsbeiträge summiert werden und auf Beiträge der neuen Organisation umzurechnen sind. 3. Die durch Umrechnung sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt auf die in der neuen Organisation vorgesehene Karenz und auf alle vorhandenen Unterstützungseinrichtungen in Anwendung. Im Unterstützungsfalle gilt die Karenz, die nach den Bedingungen der bisherigen Organisation zwischen der letzten und der neuzubehaltenden Unterstützung zu liegen hat.

Gegen den Verband der Gemeindearbeiter lagen vielfach Beschwerden vor, auch wünschte man seinen Ausschluß aus der Generalkommission. Dieser Verband beruht auf einer künstlichen Zusammenfassung der verschiedenartigsten betriebstypischen und beruflich vollständig von einander unabhängigen Einzelbetriebe, die nur durch ein rein äußerliches Band zusammengehalten würden. Die Folge dieser Bestrebungen sei lediglich eine Zersplitterung, teilweise sogar vollständige Lahmlegung der für diese gewerblichen usw. Berufe in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisationen.

Die Konferenz nahm ferner Stellung gegen die Sonderorganisationen von Angestellten in Genossenschaftsbetrieben. Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiterkonsumvereine wurde prinzipiell verworfen. Diese Angestellten und Arbeiter seien vielmehr verpflichtet, dem für ihre Berufe bestehenden Zentralverbänden anzugehören und dort an den gewerkschaftlichen Kämpfen gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen. Demnach soll eine Aussprache der Verbandsvorstände der Handlungshilfen und Lagerhalter über eine anzubahmende Verschmelzung stattfinden.

Wie in anderen Landesteilen, so sollen auch in Oberschlesien besoldete Bezirksleiter und Gewerkschaftssekretäre in größerer Zahl angestellt werden. Die Generalkommission hatte der Konferenz einen Plan unterbreitet betreffend die Einrichtung von Unterrichts-kursen. Die Kurse sollen im September und November 1906 in Berlin stattfinden. Die Zahl der Teilnehmer ist auf 50 beschränkt. Jeder Kursus soll 4 Wochen dauern und sollen an jedem Werktag 4 Vorlesungen gehalten werden. Außerdem sind täglich 2 Diskussionsstunden in Aussicht genommen. Zur Teilnahme sollen in erster Linie die besoldeten Gewerkschaftsbeamten berechtigt sein, gleichviel ob die Kosten von ihnen selbst oder von den betreffenden Organisationen getragen würden. In zweiter Linie kommen diejenigen in Betracht, die von einer Organisation auf Organisationskosten entsandt werden. Für die Kurse sind folgende Vorträge in Aussicht genommen:

- 1. Theorie und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.
- 2. Die gewerkschaftlichen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland.
- 3. Die Gewerkschaftsbewegung im Ausland.
- 4. Die Versicherungsgebung.
- 5. Die Arbeiterschutzbestimmungen.
- 6. Die Gewerbeordnung.
- 7. Einführung in die Nationalökonomie.
- 8. Kartelle und Unternehmervereinigungen.
- 9. Vorbedingungen der Statistik.
- 10. Einführung in die gewerkschaftliche Literatur.
- 11. Buchführung und kaufmännischer Verkehr.

Das Programm fand Billigung. Verhandelt wurde auch über die Streiks- und Aussperrungen, doch wird darüber in dem Bericht des Korrespondenzblattes der Generalkommission nichts Näheres mitgeteilt. Zu längeren Auseinandersetzungen führte sodann noch das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften. Es wurden lebhaftest Klagen geführt über die Angriffe der Parteiorgane auf die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsorgane sollen diese Angriffe rasch und entschieden zurückweisen, in Inhalt und Form aber darauf Rücksicht nehmen, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei eins sind.

Die Verhandlungen verdienen die Aufmerksamkeit aller Generäle und Hauptvorstände und aller im Vordergrund unserer Gewerksvereine stehenden Kollegen, weshalb wir auf dieselben hier näher eingegangen sind.

*** Der Stand der Tuberkulosebekämpfung in Deutschland.**

(Bearbeitet nach der Denkschrift, die das deutsche Zentralkomitee zur Einrichtung von Heilstätten für Lungentrunkene dem Internationalen Tuberkulosekongreß in Paris 1905 überreichte.)

Jahrhunderte lang hat die zivilisierte Welt mit beschränkten Armen untätig zugehört, wie die gräßliche Krankheit der Tuberkulose am Mark der Bevölkerung zehrte. Im Jahre 1903 starben in

herbeigerufen hatte. Es wurde den Beamten vorgeworfen, daß sie auf Kosten der Arbeiter ein bequemes Leben führten, sich als etwas Besseres dünkten. Die Beamten brauchten keine Gehaltsverbesserung. Es genüge für sie ein Existenzminimum, etwa in Höhe des ordentlichen Tagelohns. Ein langjähriger Führer suchte diese Anschauungen zu bekämpfen, wobei er auch mitteilte, daß man ihm sogar gesagt habe: „Wenn es dir nicht mehr paßt, so laßst du ja gehen!“ Genau so handelten auch die rücksichtslosen Unternehmer. Während dieser Ausführungen war der Lärm so groß, daß der Redner sich nicht mehr verständlich machen konnte. Ein anderer Redner, der denselben Standpunkt vertrat, mußte wegen Lärms abtreten. Es gelang dem Vorsitzenden nicht mehr, die Erregung der Versammlung zu bekämpfen. Da auf diese Weise die Abstimmung über die kleine Gehaltsaufbesserung unmöglich wurde, soll eine Urabstimmung der Mitglieder darüber entscheiden.

Die Führer, denen man zurief: Ihr seid Faulpelze und wollt euch auf unsere Kosten mästen! werden jetzt vielleicht begreifen, daß der Klassenkampf solche Vorgänge zeitigen muß. Wer alle Tage eine mechanische Gleichheit predigt, braucht sich nicht zu wundern, daß die so irreführte und bedrückte Klasse den ungleichen Wert der Leistungen nicht mehr unterschiedlich behandeln will.

In England werden die hervorragenden Führer der Arbeiter ebenso bezahlt, wie die Führer der Unternehmer. Der Arbeiterführer fühlt sich in nichts hinter dem Unternehmerführer zurückgestellt. Das erleichtert den Verkehr und steigert den Einfluß der Arbeiter auf die Unternehmer, die es nicht wagen, die bürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter zu bestreiten. Das liegt natürlich nicht bloß an der Gehaltsfrage, aber es liegt mit an dieser. In England gibt es auch keinen geldreichen August Bebel, der zur Verböhnung der Gewerkschaftsbeamten von den „Proletariern in gehobener Lebensstellung“ sprechen könnte.

Arbeiterbewegung. In Müllhausen im Elsaß, wo die Textilarbeiter schon seit längerer Zeit in einem Streik sich befinden, gewinnt die Bewegung immer größere Ausdehnung. Gegenwärtig werden 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Ausperrung betroffen. Falls in dieser Woche eine Einigung nicht erzielt wird, soll die Ausperrung in allen Establishments am Orte durchgeführt werden. Der Kampf wird geführt zur Eringung einer Teuerungszulage und der 1/2-stündigen Mittagspause. — Die Maler in Hildesheim haben mit den dortigen Arbeitgebern einen Lohnvertrag abgeschlossen, der bis zum Jahre 1910 Gültigkeit haben soll und den Gezellen einen ansehnlichen Mehrerwerb sichert. Nach dem neuen Tarif ist die Arbeitszeit eine 9-stündige und der Mindestlohn für Gehilfen beträgt bis zum 15. März 1908 40 Pfg., von da ab 43 Pfg. für die Stunde. In der Schuhbranche werden an mehreren Orten gleichfalls größere Bewegungen vorbereitet. In Berlin bringen die Schuhmachergezellen darauf, den bereits im Jahre 1903 nach mehrwöchentlichem Kampfe erzwungenen Lohnvertrag zur gänzlichen Durchführung zu bringen. Das Hindernis bilden hierbei die große Zahl der in Betracht kommenden Heimarbeiter. — Die Schuhmachergezellen in Frankfurt a. M. beabsichtigen den im Jahre 1901 abgeschlossenen Lohnvertrag zu erneuern und sind daher gleichfalls in eine Bewegung eingetreten. Die veranstalteten Erhebungen ergaben Durchschnittslöhne von 21 bis 22 Mark bei oft mehr als zwölfstündiger Arbeitszeit. Ein besonderer Druck soll während der Lohnbewegung auf die Beseitigung des Kopf- und Logiswessens bei den Meistern gelegt werden. — In Landsberg a. d. Warthe und Pr. Stargard, wo die Fabrikarbeiter in einem Streik eingetreten sind, nimmt die Bewegung einen für die beteiligten Arbeiter ungünstigen Verlauf. Das Haupthindernis sind die große Zahl der unorganisierten Arbeiter und das mangelhaft entwickelte Solidaritätsgefühl.

— Die Staatsarbeiter und Untergeordneten in Hamburg fordern eine Lohnerhöhung und Regelung der Arbeitszeit. In Betracht kommen ungefähr 8000 Arbeiter. Die reguläre Arbeitszeit soll auf neun Stunden festgelegt werden; für Arbeiter in Betrieben mit Tag- und Nachtschicht wird die achtstündige Schichtdauer gefordert. Der Senat von Hamburg ist ersucht worden, sich bis zum 5. April über die Wünsche der Arbeiter zu äußern. — 600 Arbeiter der Salinen in Dieuze (Lothringen) befinden sich seit Anfang dieser Woche in einem Ausstand. Die Hauptforderungen sind angemessene Lohnerhöhung, Beseitigung des rigorosen Straffsystems und Regelung der Wohlfahrtseinrichtungen. Die Verwaltung versprach Abschaffung der geschäderten Mißstände und eine Lohnzulage von 10 bis 30 Pfg. täglich. — Die vor einigen Wochen angelegte Lohnbewegung der Former- und Siebereitarbeiter für ganz Deutschland ist an einzelnen Orten bereits zum Ausbruch gekommen. In Aöln haben die Arbeiter die Forderungen abgelehnt und hat der Arbeitgeberverband gleichzeitig beschlossen, die Eisengießereien zu schließen, falls die bereits ausständig gewordenen Arbeiter im Streik verharren. — Die Bergarbeiter sehen an mehreren Orten der Provinz Sachsen und Schlefien im Streik. Der Lohnbewegung im Weizenfeld-Reiter Braunkohlenrevier haben sich auch die Bergarbeiter des Weizenfeld-Reiter Braunkohlenreviers angeschlossen. Der Streik im Zwaidauer Bergrevier ist zuungunsten der Beteiligten beendet worden. — In Weizenfeld bei Waldenburg haben die Belegschaften der konsolidierten „Zuchgrube“ ebenfalls Forderungen an die Gruben-

verwaltung gefaßt lassen. Die Erfüllung der Wünsche wurde den Arbeitern für spätere Zeit in sichere Aussicht gestellt. — Ein Ausstand in den schlesischen Kohlen- und Kokswerken zu Gottesberg sind gegenwärtig 2400 Arbeiter beteiligt. Man hofft auf eine erfolgreiche Beilegung des Streiks. Stark beteiligt ist der Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter, der gleich zu Beginn des Streiks seinen Schatzmeister, Kollegen Raab, ins Streitzgebiet entsandt hat.

Deutsche Baumwollwaren in China. Der frühere deutsche Gesandte in China von Brandt hatte in seiner Schrift „Stand und Aufgabe der deutschen Industrie in Ostasien“ darauf aufmerksam gemacht, daß an der Einfuhr von Baumwollwaren nach China im Werte von 365 Millionen Mark, Deutschland nur mit Waren im Werte von 1,7 Millionen Mark oder 1/2 vSt. beteiligt sei. Worin liegen die Gründe dieser geringen Beteiligung? von Brandt antwortet:

Die Ursachen der geringfügigkeit der deutschen Ausfuhr nach China sind in der Hauptsache bei unserer Industrie und bei den Waren selbst zu suchen. Vor allem ist es unsere Baumwollindustrie, die im Rückstande ist. Es ist ihr bislang nicht gelungen, sich Eingang zu verschaffen, weil sie den Bedürfnissen und dem Geschmack der Chinesen, die seit einem halben Jahrhundert an englische Fabrikate gewöhnt sind, zu wenig Rechnung getragen hat. Sie fertigt oder liefert die dort gewünschten Waren überhaupt nicht oder nicht genau nach Muster, und so kommt es, daß die deutschen Chinafirmen zumeist fremde Baumwollfabrikate vertreiben; eine Ausnahme hat ergeben, daß die von ihnen verkauften Baumwollfabrikate zu neuem Teil nicht deutschen Ursprungs sind.

Auf die v. Brandtschen Bemerkungen antwortet nunmehr der Syndikus der Handelskammer in W. Gladbach, Dr. Apelt, in der „Deutschen Industrie-Zeitung“. Er erklärt, bei dem Abzuge von Baumwollwaren nach China müßten zwei verschiedene Arten von Waren auseinandergehalten werden: die sogenannten „Shirtings“ und die besseren Baumwollwaren. Die Shirtings seien zumeist geringwertige rohe baumwollene Gewebe und bildeten in China die gangbarste Ware.

Einen nennenswerten Anteil am Abzuge dieses wichtigsten Artikels zu gewinnen, habe Deutschland zurzeit sehr wenig Aussicht. Minderwertige Baumwollgewebe, wie Shirtings, könnten rationell nur in großen, besonders darauf eingerichteten Fabriken mit günstigsten Rohmaterial- und Fabrikationsbedingungen hergestellt werden. Das sei namentlich in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall. Deutschland, das die Fabrikation bisher nur vereinzelt am Rheine, Magdeburg und Elbe aufgenommen habe, stehe auf dem Weltmarkte gegenüber England ungleichmächtiger, besonders hinsichtlich der Rohmaterialien und Garne da.

Günstiger wäre die Lage Deutschlands in bezug auf die besseren Baumwollwaren. In erster Linie dürfte hierbei von der deutschen Baumwollindustrie die leistungsfähige Dedenweberri, die Herstellung bedruckter Waren sowie die aus von Brandt besonders erwähnte Bolamentier- und Wertwarenindustrie in Frage kommen. Daß diese Industriezweige einen immerhin schon einigermaßen erfreulichen Aufschwung in ihrem Abzuge nach China erfahren hätten, beweise geradezu auch die soeben erschienene Ausfuhrstatistik des Jahres 1905. So betrug die deutsche Ausfuhr (Doppelzentner):

	1895	1905
Dichte gefärbte und bedruckte Gewebe . . .	413	4860
Bolamentierwaren	596	1461
Andere Strumpfwaren	414	1780

Die „Deutsche Industrie-Zeitung“ ist der Meinung, daß die v. Brandtschen Punkte nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen seien. Die deutsche Baumwollindustrie werde sie beachten.

Konkurrenz dem Simplicissimus macht neuerdings der Vorwärts, jedoch nicht absichtlich. Seitdem der Vorwärts radikal geworden ist und blutig ernst genommen sein will, leistet er an unfreiwilligem Humor überverdienstliche Werke. So, man kann fast auf den Gedanken kommen, daß der Druckfehlerteufel im Vorwärts selbst sein Heim aufgeschlagen hat, so oft merkt man dort seine Spuren. Mit Vorliebe treibt er sein Spiel an der allerheiligsten Stelle des Blattes: Im Leitartikel. Vieh der Druckfehlerteufel neulich den Vorwärts begeistert zur Agitation für das biffentliche Wahlrecht aufzudern, so veranlaßte er am letzten Sonntag, daß der Vorwärts den frommen Wunsch ausdrückte, aus der sozialdem. Dreimillionenpartei möge sich recht bald eine Viertelmillionenpartei entwickeln.

Wir schließen uns dem Wunsche des Druckfehlerteufels nur an, weil wir den Glauben an den Sieg der Bernunft noch nicht verloren haben.

Die Lage auf dem südamerikanischen Kriegsschauplatz ist am Montag im Reichstage von einem Afrika-Lexner, Herrn Overst v. Demling, skizziert worden. Nach dieser Darstellung herrscht im Süden der Kolonie, im Gontentottensland, noch der volle Aufstand. In der Mitte der Kolonie ist der Aufstand niedergeworfen, aber der Funke des Aufstandes glimmt noch unter der Asche. Gewehre sind genug vorhanden und auch Männer, um sie zu bedienen. Es bedarf nur des Lusthauses, um den Funken zur Flamme werden zu lassen.

Die Art des Wohnens der Menschen hat eine für die Tuberkulose als Volkskrankheit ausschlaggebende Bedeutung. Die Tuberkulose folgt dem Menschen, wo er losgelöst mit der Verührung von der Natur in geschlossenen Räumen in harter Arbeit den Kampf ums Dasein kämpft. Begünstigt wird die Tuberkulose durch die Armenquartiere, das Schlafstellenwesen, die schlechtgelüfteten und überfüllten Räume und den Massenbau. Nicht nur der Raumangel an sich, auch der Mangel an eigenen Lagerstätten kommt als wesentliche weitere Gefahr für die Krankheitsverbreitung hinzu. In den Armenquartieren liegen die Bewohner meist zu zwei oder mehreren auf einer Lagerstätte, entweder weil die geringe Bodenfläche die Aufstellung mehrerer Betten unmöglich macht, oder weil die Armut der Familie die Beschaffung getrennter Betten verbietet. Hart genug trifft dieser Bettenmangel die Erwachsenen, wenn sie von der Arbeit nach Hause kommen und der Ruhe bedürfen. Die Not der Kinder aber ist größer und findet meist keinen Anwalt. Gerade sie pflegt man am schlechtesten mit Lagerstätten zu versehen.

Die Schwinbuchtsterblichkeit zeigt freilich in der Kinderzeit noch nicht ihr Höchstmaß. Zwischen dem Tode an Lungenschwindsucht und der Ansteckung liegen Jahre und Jahrzehnte. Die Ansteckung reicht häufiger, als man früher ahnte, in dieses jugendliche Alter zurück und gerade die Lage der Kinder ist in den Armenwohnungen die denkbar übelste, was doppelt zu bedauern ist, weil der jugendliche Körper der Einwanderung von Krankheitskeimen einen durchaus tauglichen Boden bietet. Es kommt hinzu, daß der Spielplatz der kleinen Kinder während des größten Teils des Jahres der Schmutzbedeckte, vielfach mit Lungenauswurf verunreinigte Fußboden und die lotbedeckte Treppe usw. ist. Die Gefahren aller Krankheitsübertragungen steigern sich in diesen Schmutzhöhlen, wo auch die Darmkrankheiten der Kinder ihre wahren Brutstätten finden, denn das Leben in diesen schlechten Wohnstätten ist ein steter Kampf des Körpers mit ungesunden Lebensbedingungen.

Daraus geht hervor, daß eine Reichswohnungsgesetzgebung und eine vernünftige Wohnungsinspektion nicht minder wichtig ist als die Frisshättenbewegung selbst.

Es gibt in Deutschland 50 Volkshäuser, Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungentranke, 34 Balderholungsstätten, 8 Frisshäuser und Invalidenheime, eine ländliche Kolonie für Kinder, 17 Kinderheilstätten für tuberkulose Kinder und 80 Volkshäuser; ferner 51 Privatheilstätten für Lungenschwindsüchtige.

Wochenplan.

Berlin, 20. März 1906

Es wird jetzt die **beste Zeit**, den Briefträger anzurufen oder zur nächsten Postanstalt zu gehen, um auf das **Korrespondenzblatt** zu abonnieren, wenn in der Zustellung keine Unterbrechung eintreten soll. Der Bestellzettel lag schon dem **„Gewertverein“** in letzter Woche bei.

Am Montag ist dem preussischen Landtage ein Gesetzentwurf zugegangen betreffend die **Änderung des Wahlrechts**. Die geplante Abänderung läßt das System des „elendsten aller Wahlrechte“ unberührt. Die ganze Änderung beschränkt sich darauf, einige über große Wahlkreise derart zu teilen, daß im ganzen 10 Abgeordnete mehr, dann also 443, gewählt werden. Die Regierung geht nicht einmal soweit, die kleinsten Wahlkreise entsprechend zu vergrößern, um die gleiche Zahl der Abgeordneten beibehalten zu können. Die Junker und ihre Genossen sollen ihre „erbelangten“ Sitze behalten. Die Zahl der Abgeordneten in Berlin soll von 9 auf 12 erhöht werden. Es sollen Charlottenburg einen für sich und Schöneberg und Nirdorf zusammen einen Abgeordneten bekommen. Die anderen 5 verteilen sich auf die Wahlkreise Potsdam, Oppeln, Arnberg und Düsseldorf. Im übrigen soll an Stelle der Terminwahl die Fristwahl eingeführt werden in den Wahlkreisen, die mehr als 50 000 Einwohner haben.

Bei der jetzt bestehenden Terminwahl müssen alle Wahlmänner zu einer bestimmten Stunde im Wahllokal erscheinen, und das hat oft genug große Schwierigkeiten bereitet, weil in den größeren Wahlkreisen selten ein Lokal groß genug gefunden werden konnte, um gleichzeitig alle Wahlmänner zu vereinigen. Die Einführung der Fristwahl hätte zu bedeuten, daß der Wahlmann im Laufe des Wahltages im Wahllokal erscheinen und seine Stimme abgeben kann. Diese sogenannte Wahlreform ist in feierlicher Weise in der Thronrede angekündigt worden. Wenn von vornherein nicht mehr beachtet war, dann hätte man sich diese besonders feierliche Form der Ankündigung ruhig ersparen sollen. Die preussische Regierung hätte eine der Gerichtigkeit entsprechende Vorlage machen sollen, indem sie vor allem das Dreiklassenwahlrecht beseitigte und anstelle der indirekten und öffentlichen die direkte und geheime Wahl einführt. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit würde ein Wahlrecht dieser Art natürlich verschlechtert haben. Aber so schlimm hätte dann die Sache nicht ausfallen können, als wie jetzt im Regierungsentwurf.

entwurf. In der Wahlrechtsfrage wird es nun ganz mit Recht heißen: „Preußen in Deutschland hintenan!“

Die Frage der zehnjährigen Arbeitszeit macht der deutschen Baumwollindustrie große Kopfschmerzen. Jüngst wurde behauptet, aus den Kreisen der Baumwollspinnerei sei angeregt worden, die Angelegenheit der zehnjährigen Arbeitszeit in Baumwollspinnereien auf internationalem Wege zu regeln. In einer an die „Kölnische Zeitung“ erfolgten Zuschrift, wird dies als eine unrichtige Behauptung hingestellt.

Diese irrtümliche Annahme dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die deutsche Baumwollindustrie (Spinner und Weber) als unbedingte Voraussetzung jeder weiteren gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter verlangt, daß diese gleiche Verkürzung auch in den mit der Schweiz, Italien, Belgien und Oesterreich (England kommt wegen der dort jetzt schon üblichen kürzeren Arbeitszeit nicht in Frage), eingeführt wird, und daß ausreichende Bürgschaften dafür gegeben werden, daß auch in diesen Staaten die Durchführung der beschriebenen gesetzlichen Vorschriften unter eine ebenso sorgfältige Kontrolle, wie sie in Deutschland besteht, gestellt wird. Auch die Mitteilung, daß der in diesem Sommer stattfindende internationale Baumwollfabrikanten-Kongreß Veranlassung nehmen wird, sich mit der Frage der Einführung des zehnjährigen Arbeitstages zu befassen, ist nicht zutreffend. Wohl hat das deutsche Vorstandsmitglied der International Federation of Master Cotton Spinners & Manufacturers Associations am 28. Februar beantragt, daß auf dem nächsten im Juni stattfindenden internationalen Kongreß außer den bereits aufgenommenen Beratungsgegenständen, nämlich: a) Bestimmungen der Baumwollbörsen, b) Baumwollstatistik, c) Förderung der Baumwollkultur, als weiterer Punkt: „Die soziale Arbeitererziehung der europäischen Länder“ auf die Tagesordnung gesetzt wird. Bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit steht mit Ausnahme der wenigen, ganz besonders gut gestellten Augsburger Betriebe, welche die Einführung des zehnjährigen Arbeitstages gewähren zu können geglaubt haben, die gesamte deutsche Baumwollspinnerei auf dem Boden des nachstehenden Beschlusses, auf den sich ihre sämtlichen Vertreter am 9. September 1905 in Bremen geeinigt haben. Dieser Beschluß lautet wie folgt: „Jede Verkürzung der Arbeitszeit, besonders eine solche von 11 auf 10 Stunden, also um eine volle Stunde, ist vor allem im gegenwärtigen Augenblick aus folgenden Gründen eine Frage von weitgehender Bedeutung für die ganze deutsche Baumwollindustrie: 1. Es läßt sich in keiner Weise im voraus übersehen, welche Wirkung das neue Zollgesetz mit seinen, namentlich für die in Rheinland und Westfalen vorwiegend gesponnenen größeren Nummern, so wesentlich herabgesetzten Baumwollzolltarifen selbst schon bei den heutigen Verhältnissen auf die Ertragsfähigkeit und Weiterentwicklung unserer heimischen Baumwollspinnerei und damit auf die Beschäftigung und Lohnverhältnisse ihrer Arbeiter haben wird. 2. Eine solche Verkürzung der Arbeitszeit würde die Herstellungskosten für die Spinnerei ganz erheblich steigern. 3. Die wesentlich höheren Herstellungskosten, die sich auf mehrere Pfennig das Pfund Garn belaufen, müssen in entsprechend höheren Garnpreisen zum Ausdruck kommen, und erscheint es zum mindesten fraglich, ob die deutsche Weberei in der Lage ist, solche Mehrkosten zu tragen. Jedenfalls würde deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, die schon heute durch die erheblich günstigeren Verhältnisse, unter welchen die ausländische Weberei arbeitet, wesentlich beschränkt ist, zweifelsohne weiter beeinträchtigt werden. Aus diesen Gründen ist es dringend geboten, vorab zu beobachten, welche Folgen die Verkürzung der Arbeitszeit für diejenigen Spinnereien mit sich bringen wird, welche mit Rücksicht auf ihre eigenartigen Verhältnisse schon heute dazu übergehen zu können glauben, den zehnjährigen Arbeitstag einzuführen oder denselben am 1. Januar 1906 einzuführen aus besonderen Gründen beschlossen haben.“ Wenn neuerdings die christlichen Spinner die bez. Forderungen ihrer Arbeiter mit der Begründung abgelehnt haben, daß sie solcher ohne Regelung der Frage durch Reichsgesetz nicht Folge geben könnten, so dürfte diese Erklärung keineswegs mit diesem Beschluß im Widerspruch stehen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden ist nur noch eine Frage der Zeit. „Der Apfel ist reif“, möchten wir sagen, um mit dem Grafen Posadowsky zu sprechen. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen wird durch die Gesetzgebung auf 10 Stunden herabgesetzt werden. Dem kann sich die Mehrheit des Reichstages nicht entgegenstellen. In der Textilindustrie aber, in welcher mehr als die Hälfte aller beschäftigten Personen Arbeiterinnen sind, würde es keinen praktischen Zweck haben, die Arbeiter 1 Stunde länger in der Fabrik zurückzuhalten.

In England und Amerika ist die Arbeitszeit bereits eine kürzere und die hinter ihnen zurückgebliebenen Staaten werden folgen müssen. Das große Kulturland Deutschland aber darf auch auf diesem Gebiete keine Fortschritte nicht abhängig machen von den kleineren bzw. wirtschaftlich schwächeren Ländern wie die Schweiz, Italien, Belgien und Oesterreich. Wie sagte doch Fürst Bülow? „Deutschland in der Welt voran!“

In Dresden tritt heute der Gesamtverband des **Verbandes sächsischer Industrieller** zusammen, um die Frage der Begründung einer Gesellschaft zur Entschädigung der Arbeitgeber bei Arbeitseinstellungen zu besprechen. Ein neues Wahngesetz für die indifferenten Arbeiter, sich den Gewerksvereinen anzuschließen!

Ein **Stück Klassenkampf in der Arbeiterschaft**. Die Lokalbeamten des Holzarbeiterverbandes in Berlin wünschten eine Gehaltsverbesserung. Darüber sollte die von etwa 3000 Personen besuchte Generalversammlung beschließen. Eine Abstimmung kam aber nicht zustande, weil die Diskussion eine große Erregung

Auch dieser Wind ist vorhanden: die allgerichte Bewegung in Afrika. Im Norden der Kolonie ist der Aufstand blutig erstickt worden.

Von den 14 000 in der Kolonie stehenden Soldaten können nur 3500 gegen den Feind verwendet werden. Die übrigen dienen zur Sicherung des Landes. Das ist übrigens in allen Kolonialkriegen so, meinte Oberst v. Deimling. Die Engländer hatten im Burenkrieg 250 000 Mann, wovon gegen den Feind 70 000 Mann standen. Man hat diese Notwendigkeit die strategische Schwindsucht genannt. An dieser Krankheit ist auch der napoleonische Zug nach Moskau zugrunde gegangen.

Von dem eigentlichen Kampfplatz im Süden entwarf der Redner folgendes Bild: Die Aufständischen, über 500 Gewehre stark, hocken in den Orangebergen, einem größtem Felsengebirge, durch das der Orangefluß fließt. Der Fluß bildet bekanntlich die Grenze zwischen deutschem und englischem Gebiet. Da die Engländer dort nur schwache Polizeitruppen aus Schwarzen unterhalten, können die Aufständischen oft, ohne entkräftet zu werden, auf englisches Gebiet überzutreten, wohn ihnen die deutschen Soldaten nicht folgen dürfen. Der Führer der Aufständischen, Morenga, ist kein Kasernenhauptling mit Ringen durch Nase und Ohren, sondern dem Neuzern nach ein Stutzer. Er trägt einen eleganten, englischen Reitanzug, spricht gut holländisch und etwas deutsch und zeigt manchmal Züge von Großmut, wie der Räuber Rinaldo Rinaldini. Einem ausgeraubten Gutsbesitzer schenkte er 600 Mk. zur Heimfahrt nach Deutschland.

Nach Oberst v. Deimling wird es nötig sein, noch 2 bis 3 Jahre lang 14 000 Mann in Südwestafrika zu belassen.
O Afrika, du teures Land!

Johann Most ist gestorben. Wer war Johann Most? Die heutige Generation kennt ihn kaum. In der Zeit vor dem Sozialistengesetz war er aber ein vielgenannter Mann: der Redakteur des offiziellen Berliner sozialdemokratischen Parteiorgans.

Most war wie Luer ein Bayer. Er ist am 5. Februar 1846 in Augsburg geboren worden, wurde Buchbinder und kam bald durch seine Reisen in Italien und in der Schweiz ins sozialistische Fahrwasser. Bald spielte er — allerdings in veränderter Auflage — den deutschen Blanqui. In allen revolutionären Treibereien und Spielereien steckten auch seine Hände. Er war in den ersten Wiener Hochverratsprozess verwickelt, wurde verurteilt, dann begnadigt und ausgewiesen. 1871 kehrte er nach Deutschland zurück und agitierte als marxistischer Sozialdemokrat. Er redigierte die erste Chemnitzer sozialdemokratische Zeitung und vertrat Chemnitz im Reichstage von 1874—78. Er ging aber bald von Chemnitz nach Berlin, wo er Redakteur der „Berliner Freien Presse“, der Vorgängerin des „Vorwärts“, war. Der offizielle Geschichtsschreiber der heutigen Sozialdemokratie „Franz Mehring“ deutet an, daß sich in Mosts Persönlichkeit gewissermaßen die Fingerringe der Sozialdemokratie verflochten.

Das Sozialistengesetz, unter dessen Herrschaft Most ausgewiesen wurde, verwandelte den Sozialdemokraten in einen Anarchisten. Most wurde zu einer Karrikatur der Sozialdemokratie und diese schämte sich seiner und verleugnete ihn auf dem Wytener Parteitag. In seiner Wut gegen die herrschenden Mächte entwickelte sich Most immer mehr zur komischen Figur. Nach seiner Ausweisung aus Deutschland redigierte er in London die radikal-realistische „Freiheit“, deren Beispiegelung vielen deutschen Geheimchurleuten Brot verschaffte. Allein auch der englische Boden wurde ihm verleidet, als er 1881 für die Verherrlichung der Ermordung des Zaren Alexander II. 18 Monate Zwangsarbeit erhielt. Er gab seine Zeitung alsdann in New York heraus. Doch auch dort verfiel er in seinen alten Fehler. Für die glorifizierung des Attentats auf den Präsidenten Mr. Anley mußte er 1902 abermals ins Zuchthaus wandern.

Ein unruhiges Leben ist ihm anscheinend ganz gut bekommen, denn er wurde 60 Jahre alt und hatte den Triumph, gerade am Berliner Revolutionstage, den 18. März, das Zeitliche zu segnen oder nach seiner Gewohnheit noch etwa — zu versuchen.

Unsere sozialdemokratischen Radikalen würden gut tun, sich das Mostsche Bild vor ihren Spiegel zu stellen: Sie haben dann immer vor Augen, wohin maßlose Leidenschaftlichkeit führt: zum unfreiwilligen Humor.

Gewährt die Stenographie dem Arbeiter einen Nutzen?

Die Frage, ob auch dem Arbeiter die Erlernung der Stenographie zu empfehlen ist, wird sehr verschieden beantwortet. Die Einen sagen: Die Stenographie soll zum Gemeingut des ganzen Volkes werden, Andere dagegen gehen von der Ansicht aus, daß die Stenographie nur für den sogenannten Gebildeten geschaffen ist und den Arbeiter nichts angeht.

Es ist gewiß nicht zu bestreiten, daß es bisweilen für den Arbeiter überflüssig ist, sich mit der Erlernung eines Stenographiesystems zu befassen und die darauf verwendete Zeit als verloren angesehen werden kann, aber andererseits gibt es doch eine große Zahl von Arbeitern, für die die Kenntnis der Stenographie nicht über-

flüssig ist, sondern eine Erweiterung ihres Wissens bedeutet, die ihnen im Leben oft gut zu Statten kommt.

Im Gegensatz zu früher bemühen sich heute alle System-Vertreter, nicht nur ihre Schrift in den Bildungsvereinen zu verbreiten, sondern auch eine möglichst große Zahl von Arbeiter-Stenographen-Vereinen zu gründen. So besteht nämlich in Hannover (neben vielen Arbeiter-Stenographen-Vereinen an anderen Orten) eine die National-Stenographie vertretende Stenographenklasse des Arbeitervereins zu Hannover, die 82 Mitglieder zählt und tüchtige Stenographen aufweist.

Es ist falsch, zu glauben, daß die Stenographie dem Arbeiter überhaupt keinen Nutzen gewährt. Die Zeiten, wo der Arbeiter oder Handwerker sich auf die Ausübung seines Gewerbes beschränkte und froh war, wenn er nach vollbrachtem Tagewerke im Kreise seiner Familie sich einige Stunden der ungetriebenen Erholung widmen konnte, sind vorüber. Die moderne Arbeiterbewegung erfordert es, daß der Arbeiter sich eine möglichst umfassende Allgemeinbildung aneignet. Er sucht daher Arbeiter-Bildungs- oder andere Fortbildungsschulen auf, um seine meist nur mangelhaften Schulkenntnisse zu erweitern. Er nimmt Teil an wirtschaftlichen und politischen Versammlungen, er widmet sich dem Studium von Schriften zur Aufklärung über seine Lage und zum Verständnis brennender Tagesfragen und bei dieser Tätigkeit kann ihm die Stenographie sehr nützliche Dienste leisten. Wenn es für ihn auch in seltenen Fällen nützlich ist, einen Vortrag wörtlich nachzuschreiben, so kann er sich doch beim Zuhören wichtige Stellen notieren, er kann sich bei der Lektüre von Fachschriften und wissenschaftlichen Schriften mit Hilfe der Stenographie Auszüge machen und so seine Arbeiten wesentlich erleichtern, ganz abgesehen von der Zeit, die er beim Niederschreiben spart. Nimmt der Arbeiter selbst eine führende Stellung in der Bewegung ein, ist er Schriftführer eines Vereins, oder wird er auf einem Kongress mit der Abfassung des Protokolls betraut, so ist die Beherrschung eines guten Stenographiesystems für ihn eine ungemein große Hilfe. Daß der Arbeiter darauf zu achten hat, daß die Ausführung der Schriftzeichen an seine ungelübte Hand keine zu große Anforderungen stellt, ist natürlich. Besonders ein System, welches zu viele Unterscheidungen in Druck und nicht Druck aufweist, würde von ihm nur mit großer Mühe zu erlernen sein. Ist es schon für einen Schreibgewandten mühevoll, die feinen Unterscheidungen von Druck und nicht Druck zu beachten, wieviel schwieriger muß es daher für eine an grobe Arbeit gewöhnte Hand sein, die noch dazu nicht ausgereiht ist.

Ein System, dessen Zeichen auch durch eine nicht an Schreibarbeit gewohnte Hand leicht und sicher auszuführen sind, ist die National-Stenographie.

Die National-Stenographie ist ein System, das allen Anforderungen an eine moderne Kurzschrift genügt, das nicht nur für den Parlaments- und Berufsstenographen bestimmt ist, sondern von Jedermann in 4 bis 5 Stunden erlernt werden kann. Diese Stenographie ist die einfachste aller Systeme, sie besitzt nur 33 Buchstaben und 8 Abkürzungen, ist unabhängig von der Zeile, kennt keine bedeutungsvolle Unterscheidung starker und schwacher Abstriche und schreibt ihre sämtlichen Zeichen nur in zwei Größen und zwei Weiten. Ihre Schreibweise ist so einfach, wie die der gewöhnlichen Schrift; außerdem zeichnet sie sich durch leichte Wiederlesbarkeit aus. Daher die beispiellosen Unterrichtsfolge bei allen Berufen, bei jedem Alter, bei jeder Schule, vom Gymnasium bis zur Volksschule.

Man überzeuge sich selbst und lasse sich vom Verein für National-Stenographie in Duisburg, Restaurant Demald, Friedrich Wilhelmplatz, Probe-Briefe und Prospektierungen und franko zusenden. Auch ist der Verein gern bereit, den Mitgliedern größerer Körperschaften Unterricht zu ganz ermäßigtem Preise zu erteilen. Interessenten, die in Ortschaften wohnen, an denen der Duisburger Verein wegen zu großer Entfernung nicht selbst den Unterricht erteilen kann, weist der Verein gern und kostenlos tüchtige Lehrkräfte der National-Stenographie an.

Joh. Stegmann, Duisburg, Raschb. II, Haroldstr. 64.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1905.

Ortsverband Essen a. d. Ruhr.

Die Tätigkeit des Ortsverbandes wurde durch den öfteren Wechsel des Sekretärs wesentlich beeinträchtigt. Die Mitgliederzahl war im Anfang 812 und am Schlusse des Jahres 917 Mitglieder. Das Vermögen des Verbandes betrug am Anfang des Jahres 105,84 Mk. und am Schlusse des Jahres 182,84 Mk. Es wurden 13 Vertreterwahlen und 5 Ausschusssitzungen, außerdem 4 Versammlungen abgehalten und waren dieselben durchweg gut besucht. An die Verbandskollegen wurden die größten Anforderungen gestellt beim Bergarbeiterstreik durch Sammelstellen, beim Bierbojkott durch Verteilen von Flugblättern, bei der Gewerbeberichts Wahl durch Verteilen der Mittel sowie Verteilen der Flugblätter. Auch bei der Reichstagswahl wurden die Mitglieder zu Versammlungen herangezogen. Es wurde ein Diskutterklub gegründet, welcher durch die Kaubel der Mitglieder wieder einging. Der D. V. der Maschinenbau- und Metallarbeiter III trat aus dem Verbande aus. Ein D. V. der Frauen und Mädchen wurde gegründet. Es sprachen im verfloffenen Jahre die Kollegen Jakobs, Ertelenz, mehrere Male, sowie die Kollegen Kriwon, Goldschmidt, Frau Ertelenz und Fräulein Christmann.

Am Jahreschluss wurde noch ein Verbandsfest gefeiert, bestehend in Vortrag und Ball. Möge der Ortsverband weiter blühen, sodas derselbe auch in diesem Jahre viel Gutes zu Wege bringt

J. M. Friedr. Engemann, Sekretär.

Ortsverband Staßfurt-Neuphals.

Im vorigen Jahre wurden in unserem Ortsverbande die Geschäfte der Verwaltung in 6 Ausschussungen und 4 Verbandsversammlungen erledigt. Leider ließ der Besuch der Versammlungen zeitweilig zu wünschen übrig. Ob es Interessenlosigkeit oder Mittellosigkeit war, weiß ich nicht. Das es jedem heutzutage schwer wird, in Ehren durchzukommen, weiß wohl ein jeder Genosse. In der Agitation war unser Mühen nur von geringem Erfolge, was wohl seinen Grund darin hatte, das von verschiedenen Verwaltungstellen die Beiträge erhöht werden mußten, weil die Löhne sehr in Anspruch genommen wurden. Einen neuen D.V. der Fabrik- und Handarbeiter zu gründen, hatten wir angebahnt und wird dies wohl in nächster Zeit in Erfüllung gehen. Außerdem war mit dem Ortsverbande Förderfied und den Ortsvereinen Mühen und Bernburg, welche an unserem Kreis liegen, Annäherung getroffen zwecks Agitation. Es ist aber schwer, weil die freien Gewerkschaften hier die Oberhand haben und rücksichtslos vorgehen. Wir dürfen aber nicht mutlos werden und wünsche ich, das es dies Jahr besser wird. Darum rufe ich den Genossen zu: Besucht fleißig die Versammlungen, agitiert rastlos von Mund zu Mund. Bemerteln will ich noch, das unseren Ortsverbände 6 Ortsvereine mit 325 Mitgliedern angehören. — Nächste Ortsverbandsversammlung findet am 29. April, nachmittags 4 Uhr, beim Genossen Böber statt.

G. Albrecht, Schriftführer.

Ortsverband Weissenfels (Saale).

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 8 Vertreteritzungen und 2 kombinierte Ausschussungen (Betr. die Presse), 2 Mitgliederversammlungen und 1 öffentliche Gewerkeversammlungen, in letzterer sprach Verbandssekretär K. Schmidt. Berlin. In unserer öffentlichen Tätigkeit haben wir auch den Erfolg zu verzeichnen, das wieder einer unserer Kollegen ins Stadtparlament gewählt worden ist. Es war ein harter Kampf, der aber trotz aller Schauerwörter, die von den „Reibewürsten“ über uns verbreitet wurden, zu unsern Gunsten entschieden ward. Wir haben jetzt 2 Gewerkevereine im Stadtparlament. Mögen den zweiten noch mehrere folgen, damit wir den Platz einnehmen können, der den Deutschen Gewerkevereinen gebührt. Den Anbittern aber wollen wir zurufen: „Organisiert Euch in den Deutschen Gewerkevereinen, denn nur da werden eure Interessen nicht nur mit Worten, sondern mit Taten vertreten.“

R. Müller, Ortsverbands-Schriftführer.

Ortsverband Jersitz.

Der Ortsverband hielt 4 Sitzungen, 3 Versammlungen und 2 öffentliche Versammlungen ab. In den öffentlichen Versammlungen sprachen Herr Abg. Dr. Cohn-Deffau über die Fleißigkeit und Verbandssekretär K. Schmidt über Tarifverträge. Vorträge wurden auch gehalten über die Sternennacht durch Herrn Zeierabend und über den Gewerkegerichtstag in Würzburg durch den Unterzeichneten. Der Ortsverband veranstaltete ferner 2 öffentliche Unterhaltungsabende, in welchen 1. Herr Dr. Breitfeld-Berlin über „Schiller als Volksmann und Politiker“ und 2. Herr Lehrer Eis-Zerbst über Schule und Haus Vorträge hielten. Der Verband führte auch Elternabende ein, um Schule und Haus einander näher zu bringen. Bei der Stadt sind wir vorkleidend geworden um Errichtung einer öffentlichen Ausstellungshalle in Rechts- und Arbeitertragen. Unsere Tätigkeit war also im vergangenen Jahre eine recht lebhaft und kann ich nur wünschen, das dies auch im neuen Jahre anhalt und reiche Früchte für die Arbeiterfrage trägt.

G. Haupt, Schade.

Gewerkevereins-Zeil.

§ Fürstentum. Bericht über Lohnbewegung des D. V. der Schneider. Im August vorigen Jahres beschlossen die hiesigen Schneider (Gewerkeverein) bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse einzuführen. Es fand zu diesem Zweck eine Versammlung aller hier beschäftigten Arbeitnehmer statt. Es erklärten Gewerkevereiner und Verbändler gemeinschaftlich zur gegebenen Zeit den Arbeitgebern Lohnanträge vorzulegen. Es besteht hierorts noch kein Tarif und die Verhältnisse in unserem Berufe sind noch sehr traurige. Einige Arbeitgeber haben dies auch eingesehen und erhöhten freiwillig die Arbeitslöhne, die Mehrzahl zahlte nach wie vor nach Gutdünken und es wurde auch noch teilweise 12-14 Stunden gearbeitet, ja es kam vor, das die tägliche Arbeitszeit noch weiter verlängert wurde, ohne das eine nebenswerte Entschädigung dafür gezahlt wurde. Es wurden am Anfang dieses Jahres die nötigen Vorarbeiten erledigt und konnte der Tarif der zweiten Organisation (Verbändler) vorgelegt werden und fand auch deren Zustimmung. Mitte Februar fand eine Versammlung beider Organisationen zu einer nochmaligen Beratung statt, es erklärte der Leiter der Verbändler vor Eintritt in die Verhandlungen, trotzdem er den Tarif bereits unterzeichnet hatte, das sie die Zustimmung ihres Hauptvorstandes nicht haben, als Grund der Weigerung gab er an, das es zu spät wäre beim Hauptvorstande angemeldet worden. Dafür konnten wir ja nun leider nicht, denn in unserer gemeinschaftlichen Versammlung im August vorigen Jahres ist ja das fest beschlossen worden, das wir in eine Lohnbewegung eintreten wollen und sie haben auch damals erklärt, das sie mit uns gemeinschaftlich vorgehen, jetzt kommen sie damit raus, das sie die Zustimmung nicht gefunden haben; trotzdem erklärten die Leiter des Verbandes, 8 Mitglieder an der Zahl, das sie mit uns halten wollen, auch ohne die Zustimmung ihres Hauptvorstandes und im Falle einer Arbeitsniederlegung würde er (der Leiter des Verbandes) ih Arbeitgeber) seine Mitglieder in seiner Werkstatt beschäftigen. Wir waren nun allerdings etwas hoff. Doch übergangen wir die Sache flüchtig. Am 22. Februar wurde der Tarif den Arbeitgebern der Innung überreicht mit der Aufforderung, mit uns in Verhandlung zu treten, und fand bereits am 6. März ein Verhandlungstermin statt, in der es zwischen

unserer Lohnkommission und der der Arbeitgeber zu einer Einigung kam. Der aufgestellte Tarif wurde mit kleinen Änderungen angenommen und gemeinschaftlich von uns unterzeichnet. Wir können somit, wenn die weiteren Verhandlungen ebenso friedlich verlaufen und der Tarif durchgeführt wird, da wir hierorts noch bisher keinen Tarif gehabt haben, zufrieden sein. Die Verhandlungen mit den kaufmännischen Geschäften steht noch aus. Hoffen wir, das die weiteren Verhandlungen friedlich und bald erledigt werden.

Alb. Ritz, Verbands-Schriftführer.

§ Meife. Es ist dem Ortsverband (Meife-Neuland) gelungen, einen D. V. der Frauen ins Leben zu rufen. Der erste Vorsitzende, Kollege Kadel, eröffnete am 2. Februar, abends 8 Uhr, mit einer Begrüßung aller anwesenden Damen die Sitzung. Genosse Strohsfeld, der zufällig eines Vortrages wegen an demselben Tage in Neuland anwesend war, wählte dieser Gründung bei, um ein kleines Referat zu halten über das Thema: „Warum müssen sich die Frauen organisieren?“ Es wurde am Ende des Vortrages allen Anwesenden ans Herz gelegt, für den Frauen-Gewerkeverein tüchtig zu schaffen und zu wirken. Der Vorsitzende wie die ganze Versammlung dankten dem Referenten für den lehrreichen Vortrag, indem man sich von den Klagen erhob. Als dann noch Genosse Grotter einiges über die Frauengewerkevereine erläuterte und Kollege Kadel noch Auszüge aus deren Statut gemacht, schritt man zur Vorstandswahl. Als Vorsitzende wurde gewählt: Frau Eichhorn, als Schriftführerin Frau Klobbe und als Kassiererin Frau Roschne, sämtliche Damen nahmen die Ämter an. Kollege Strohsfeld wünschte dem neugegründeten Verein ein fröhliches Aufblühen und Gedeihen und schloß mit einem dreitägigen Hoch auf denselben. Nun, Kollegen und Kolleginnen, fest ans Werk, agitiert wie alle für ein gutes Gelingen, damit dem Frauengewerkeverein zahlreiche Mitglieder zugeführt werden, und der Weiblichkeit, welche hier in Meife einer kümmerlichen Existenz entgegensteht, die auf Heim- oder Fabrikarbeit angewiesen ist, endlich mal ein besseres Los beschieden werde.

Max Pletsch, Ortsverbands-Sekretär.

§ Weissenfels. Tätigkeitsbericht des Diskussionsklubs zu Weissenfels. Der Klub wurde gegründet am 12. Mai 1904, jedoch während der Sommerperiode bis zum 3. Oktober verlag. In dem betreffenden Tage wurde der Klub zu einer Generoversammlung zusammengerufen. In dieser Versammlung wurden die zur Weiterentwicklung des Klubs bestimmten Anordnungen getroffen und so trat er am 10. Oktober zur ersten Sitzung im Klostergarten zusammen, um sich schon am 30. Januar 1905 wieder zugunsten der Schuhmacherbewegung zu vertragen. Abgehalten wurden während dieser Zeit 12 Diskussionsabende, an welchen 9 Vorträge und 1 Vorlesung gehalten wurden. Beteiligt haben sich während dieser Zeit durchschnittlich 12 Personen. Nach beendeter Schuhmacherbewegung wurde der Klub am 29. Mai wieder zusammengerufen und wurde sich schließl., auch in der Sommerperiode zu tragen. Vom 3. Juli ab wurden die Sitzungen in der Friedensstraße abgehalten. Es sind bis Ende des Jahres 1905 gehalten worden 5 Vorträge; in 6 Abenden wurde über Volkswirtschaftslehre gelesen und diskutiert. Beteiligt haben sich in dieser Periode durchschnittlich nur 6 Personen in 14 Diskussionsabenden. Das reduziert die durchschnittliche Gesamtteilnahme seit Weissen auf 9 Personen. Aus diesem Bericht ist zu erkennen, das die Kollegen noch nicht genug Interesse zeigen. Es kann daher nicht oft genug gemacht werden; tut eure Pflicht! Unsere Diskussionsklubs sind geschaffen worden, um tüchtige Agitatoren auszubilden für unsere guten Ziele, damit wir allerorts wachen und zunehmen und einst auch den sozialdemokratischen Verbänden die Spitze bieten zu können. Sieht man sich jetzt die Statistik der Streiks an, so wird man herausfinden, das die um die Nachfrage geführten Streiks zum größten Teile verloren gingen, insofern der starken Unternehmerorganisationen. Man kommt dabei zu dem Schlusse, das für die Zukunft nur durch unser Gewerkevereinsprinzip (Bereinbarung) etwas zu erreichen ist. Dies alles muß aber hinausgetragen werden in die Kreise der Kollegen und jeder einzelne muß herangezogen werden zum Beitritt in eine Organisation, welche den richtigen Standpunkt einnimmt in der Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es muß aber allerorts die Lösung sein, zahlreiche Beteiligung an den Diskussionsklubs, um auch Männer zu schaffen, welche unsere Fahne mit festerer Hand vorantreiben können. Der Schreiber dieses mahnt hauptsächlich die Kollegen von Weissenfels, den Diskussionsklub durch zahlreichen Beitritt aufblühen zu lassen.

B. S.

Verbands-Zeil.

• Sächsischer Ausbreitungsverband. Bekanntmachung.

Der Delegiertentag des sächsischen Ausbreitungsverbandes findet am 15. und 16. April in Weichenburg in Bayern statt. Die Anmeldung der Delegierten hat bei dem Kollegen R. Jenzs-Ößgingen zu erfolgen. Alle Anträge und Anmeldungen betreff. Quartier bitten wir an den Kollegen A. Müller in Weichenburg l. O., Morianlage Nr. 660 zu richten.

Die Leitung: **H. Geiß, E. Einderwanz, R. Jenzs.**

• Brandenburg-Lausitzer Ausbreitungsverband. Vorort Spremberg.

Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 14. d. Mts., abgehalten im Lokal Jähnschen, Kirchplatz. Anwesend der gesamte Vorstand; als Gast ist Genosse Ulrich erschienen. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr. Eingegangene Korrespondenz: Eingelaufen sind Schreiben aus Mallwitz, Betschau, Weissenfels, Berlin und Forst. Kollege Altemann-Mallwitz berichtet über seine Tätigkeit in der letzten Zeit und bittet um Aufklärung in einigen Punkten, die ihm eingehend gegeben werden soll. Auch wird demselben das Mandat zur Vertretung des Brandenburg-Lausitzer Ausbreitungsverbandes auf dem Bezirkskongress der niederschl. Ortsvereine in Eignitz am 25. d. Mts. erteilt. Die Schreiben aus Betschau erfordern keine Beantwortung. Ueber das Schreiben aus Weissenfels soll nach Erlebigung des 2. Punktes beschlossen werden. Forst, A. E. teilt auf unsern Wunsch die Daten der nächsten

Direktorenversammlungen mit. Von einer Protokolle nebst Begleit Schreiben aus Berlin, betreffend den Verband fortschrittlicher Frauenvereine, wird Kenntnis genommen. — Es folgt der Bericht vom Kollegen Ulrich vom Delegiertenkongress der Ausbreitungverbände in Leipzig. Es wird beschlossen, 100 Protokolle beim Verlag der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ in Weissenfels zu bestellen. Anfang Mai findet die statutenmäßige Konferenz der auswärtigen Vorstandsmitglieder statt. Näheres folgt. Schluß 10 1/2 Uhr. B. Neugebauer, Vorsitzender. Emil Keller, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Die Leiterklub der Deutschen Gewerksvereine (G.D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. Mittwoch, 28. März, Vortrag des Kollegen Finger über: Agitationsarbeit, Vertrauen, männlichen usw. — Längere der Deutschen Gewerksvereine (G.D.). Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Nebensitzung im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (G.D.). Gäste herbei willkommen. Sonnabend, 24. März. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Ab. 8 1/2 Uhr, Adressir. 6—7. T.D.: Arbeitslosenunterstützung. Vortrag des Herrn Lehrer Dremin: Der Arbeiter in der heutigen Literatur. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Ab. 8 1/2 Uhr, Adressir. 86a. Bericht von Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Ab. 8 Uhr, Adressir. 22. Versammlung mit Tamen und Vortrag. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung, Adressir. 50. Vortrag des Hrn. Anna Geleler, Arbeiter-Redaktor. Bericht der Kombinierten. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Ab. 8 1/2 Uhr, Adressir. 82/83. Bericht von der Kombinierten. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XI. Ab. 8 1/2 Uhr, Adressir. 28. Bericht von der Kombinierten. — Graph. Berufs- und Maler I. Ab. 8 1/2 Uhr, Bismarckstraße, Neue Straße 28. Wahl der Delegierten. Vortrag des Herrn Dr. med. Bismarck: Ueber den Nutzen der Massage, mit Demonstrationen. Erscheinung der Mittelteil-Entscheidungen. Damen sehr willkommen. — Fabrik- u. Handarbeiter V. Sonntag, 25. März, nachm. 4 Uhr, Adressir. 8 bei Kranz. Beratung der Protokolle. Annahme neuer Mitglieder, sowie Beitragszahlung. Stellungnahme zur Aufhebung eines Beiratsbeamten und wer trägt die

Kosten für denselben? — Abrechnung vom Rasenball. Nachdem innere Vereinsangelegenheiten. — Graph. Berufs- und Maler III (N.). Dienstag, 27. März, Ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung, Brunnenstraße 11, im Verbandsbureau. T.D.: Protokoll. Geschäftliches. Verschiedenes. — Graphische Berufs- I., II., III., Adressir. und Adressir. — Donnerstag, 12. April, Ab. 8 1/2 Uhr, kombinierte Sitzung, Johannistich 8 bei Cadom. T.D.: Abrechnung über notwendige Beiträge zum Delegiertenkongress. — Friedrichsberg. Maschinenbau- und Metallarbeiter. Sonnabend, 24. März, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Fennigshorst, Samariterstr. 7. Ortsversammlung. T.D.: 1. Abrechnung vom Rasenball. 2. Vortrag. Dr. M. Bismarck: Die Wunder des Mikroskop. 3. Verschiedenes. — Gera. Graph. Berufs- und Maler. Sonnabend, 31. März, Ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Parafeller“, Schubastraße. T.D.: 1. Protokoll. 2. Delegiertenwahl. 3. Etwaige Beiträge zum Delegiertenkongress. — Dresden. Graphische Berufs. Sonntag, 25. März, Ab. 7 Uhr, Weberstraße 28 I. Zur alten Kalkbäder, ordentl. Versammlung mit Bericht. Ferner: Wahl eines resp. zweier, geeigneter Delegierten zum Delegiertenkongress am 28. Juli in Gera.

Orts- und Bezirksverbände.

Stettin (Die Leiterklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Frau Dr. Stettin, Adressir. 22. (Gäste stets willkommen). — Norddeutscher Ausbreitungverband (Stettin). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Zelle, Stettin, Reuterstr. 2. Die Leiterklub-oberen Gäste stets willkommen. — Gera (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachmittags von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bihl, Schulte-Wallter, Diebstahlstraße. — Greifswald (Ortsverband). Jeden Donnerstag, Ab. 8 1/2—10 Uhr, im Lokale des Herrn Gieseler, Hofmarkt 1, Diebstahlstraße. — Trossen (Ortsverband). Sonntag, 1. April, nachm. 4 Uhr, Ortsverbandversammlung beim Wirt Küting in Golln, Kriminal-Anwaltsstrasse. T.D.: Vortrag über Knappschaftsreform. — Hannover und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 1. April, morgens 9 Uhr, Aufschlagsitzung. T.D.: Ortswahl. — Rheinh. (Ortsverband). Sonntag, 1. April, vorm. 11 Uhr, in Rheinh. bei Wip, Vortrag des Königl. Gewerkschaftsleiters Herrn Kra. Sonntag, 8. April, ab. 6 Uhr, Ortsverbandversammlung in Gießen. Vortrag des Kollegen Ziegler-Klein.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Die in unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Verbandsprotokoll von Hannover. Preis 50 Pfg.
Leitfaden zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.
Beweglicher durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.
Fragebogen zum Invalidenversicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Aussprachebild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160 x 230 mm. Preis 50 Pfg.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Referat zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Länder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Volkswirtschaftslehre von Dr. C. J. Buchs. Preis 80 Pfg.
Zusammenfassung und Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Länder). Bericht an den Verbandstag von Karl Goldschmidt. Gratis.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von S. Winter. Berlin und A. Reindl. Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitsämtern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Bremberg. Gratis.
Tarifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Hahn-Burg und J. D. Käjer-Münster. Gratis.
Arbeiterschutz, insbesondere Normalarbeitszeit, vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg.
Die Deutschen Gewerksvereine, die Besserung der Arbeitsverhältnisse u. die Sozialpolitik von Dr. Max Hirsch. Gratis.
Muster zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdechriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandsassistenten Rudolf Klein, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Das Bureau des Centralrats. Rudolf Klein.

Ausstellung von Erzeugnissen der Heimindustrie.

Die vom Verbande der Deutschen Gewerksvereine zur Ausstellung gelangten Gegenstände, bestehend in Holz- und Schuhwaren, sind Montag von 2—7 Uhr und Sonntag Vormittags von 10—11 Uhr zu besichtigen und werden unter Berücksichtigung des Verbandspreises abzugeben. Besichtigung im Verbandsbureau Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. Das Bureau des Centralrats.

Rausen. Durchreisende erhalten im Winter ab Jahr 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei Karl Gutth, Weissenhofstr. 1.

Der Gewerksverein Jahrgang 1905 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbibliotheken und Vereinsbibliotheken 3 Mk., sonst 6 Mk. NB Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben. Verbandsbureau: Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. Geldsendungen an Verbandskassier R. Klein, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und ... an jedem Sonntag ... Prächtige Anmale, große Reparaturen mit vorzüglichem Ruch, vier Regalbahnen. Alles den Anforderungen der Zeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Wintervergünstigungen jeder Art aller Ortsvereine und Mitgliedern bestens empfehlend, laßt zum Besuch freudlichst ein Carl Berdt, Delonow.

Patentbureau Paul Hayes, Ingenieur Halle a. S. Patentanmeldung einschl. ... Prüfungsgebühr M. 65. Gebrauchsmusteranmeldung einschl. 3 jähriger Gebühr M. 30. Verwertung guter Schutzrechte wird mit Erfolg durchgeführt.

Hagen (Mahr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungsorten im Gewerksvereins-Bureau, Post-Ärzt 33. Hagenwalde. Durchreisende Kolleg. eth. 70 Pf. bei jedem Vereinsassistenten. Hannover-Linden. (Ortsverband.) Arbeitsnachweis bei Carl Hebel, Hannover, Weissenhofstr. 32a I. Hagen. (Ortsverband.) Arbeitsnachweis und Verpflegungsorten bei Carl Schambach, Hagen, Bergstr. 56.